Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie = Revue suisse de sociologie = Swiss journal of sociology

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Soziologie

Band: 6 (1980)

Heft: 1

Artikel: Sozialer Wandel in Spanien : über einige Prozesse der Modernisierung und sozialen Mobilisierung

Autor: Garcia-Petit, Jorge / Schäfers, Bernhard

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-814450

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Schweiz.Z.Soziol./Rev.suisse sociol., 6 (1979) 87-108

SOZIALER WANDEL IN SPANIEN*
Über einige Prozesse der Modernisierung und sozialen Mobilisierung

Jorge Garcia-Petit
Universidad de Barcelona, Barcelona

Bernhard Schäfers
Georg-August-Universität, Göttingen

ZUSAMMENFASSUNG

Spanien ist seit Francos Tod (1975) einen zielstrebigen Weg der Demokratisierung gegangen, der wegen der differenzierten "Planung" des politischen Wandels Überraschung hervorrief. In den Ausführungen soll gezeigt werden, dass Prozesse der sozialen Mobilisierung (Änderungen im Wertsystem; umfangreiche Wanderungen etc.) und der Modernisierung (Änderung der ökonomischen Struktur; Verstädterung; "Verwissenschaftlichung" ökonomischer Entscheidungen etc.) dem Wandel im politischen System vorausgegangen sind. Probleme des "spanischen Weges" sind in der besonderen Bedeutung und Struktur des Regionalismus, den schwierigen Prozessen des institutionellen und personellen Wandels und in "Ungleichzeitigkeiten" des Entwicklungsstandes einzelner Sozialbereiche zu sehen.

RESUME

Depuis la mort de Franco (1975), l'Espagne a suivi une voie de démocratisation conséquente qui a surpris par le caractère "planifié" du changement politique. L'article met en évidence que des processus de mobilisation sociale (les changements du système des valeurs, les migrations nombreuses) et de modernisation (les modifications de la structure économique, l'urbanisation, la "rationalisation scientifique" des décisions économiques) ont précédé les changements du système politique. Les problèmes de la "voie espagnole" doivent être mis en perspective avec l'importance et la structure particulières du régionalisme, avec les difficiles processus du changement institutionnel et personnel et avec l'absence de synchronisme entre les stades de développement des différents domaines sociaux.

1. SOZIALSTRUKTURANALYSEN UND MODERNISIERUNGSTHEORIEN

Die folgenden Analysen der Sozialstruktur und des sozialen Wandels in Spanien sind vorrangig an Theorien und Konzepten der Modernisierung und sozialen Mobilisierung orientiert. Die Kategorie der Modernisierung fasst "Wirtschaftswachstum, politische Entwicklung, soziale und psychische Mobilisierung, kulturelle und internationale Transformation" zusammen (Zapf, 1977, 131).

Ohne den vielen Definitionen und Abgrenzungen weitere hinzufügen zu wollen wird vorgeschlagen, Prozesse der Mobilisierung als Grundbedingung für die Prozesse der Modernisierung anzusehen[1]. Wir schliessen uns Karl W. Deutsch an,

*B. Schäfers dankt der Deutschen Forschungsgemeinschaft für Unterstützung einer Reise nach Spanien (Juli 1977).

[1] Zu den einzelnen Aspekten und begrifflichen Differenzierungen der Konzepte "Mobilisierung" und "Modernisierung" vgl. K.W. Deutsch (1961), S.N. Eisenstadt (1979; 1979 a), A. Etzioni (1975), mit besonderer Berücksichtigung der "Primärmobilisierung" R. Hettlage (1979).
Eisenstadt unterstellt in seinen neueren Arbeiten keinen kontinuierlichen Fortschritts-

© 1980 Schweiz. Ges. f. Soziologie/Soc. suisse de sociologie

der die mehr psycho-dynamischen Indices der Modernisierung als "soziale Mobilisierung" kennzeichnete[2].

G. Brandt definiert soziale Mobilisierung als jenen Wandlungsprozess, "durch den die Menschen aus überkommenen institutionellen Bindungen herausgelöst, zugleich aber in einen Prozess intersubjektiver Kommunikation hineingerissen werden, der wie nie zuvor die unmittelbare Erfahrungswelt primärer Gruppierungen... übersteigt" (1972, 7).

Die besondere Aufmerksamkeit der Modernisierungstheorien gilt den mit der Industrialisierung einsetzenden Transformationsprozessen und den damit aufbrechenden Konflikten zwischen Tradition und "Moderne". Es wird eine grössere Anzahl in etwa gleichgerichteter Wachstumsprozesse untersucht, "die in ihrer vielleicht allgemeinsten Form als Wachstum der Anpassungs- und Selbststeuerungskapazitäten eines gesellschaftlichen Systems interpretiert werden können" (Flora, 1974, 13).

Seit den Definitionen und Untersuchungen von Karl W. Deutsch, Daniel Lerner und David C. McClelland sind aber auch die psychologischen und sozialpsychologischen Komponenten, die "individuellen Tugenden" und die "sozialen Tugenden" (McClelland, in: Weiner, 1966, 36) als grundlegende Impulse des Modernisierungsprozesses qualitativ und quantitativ in die Analysen einbezogen worden.

Gegen die theoretischen und entwicklungsgeschichtlichen Perspektiven der Modernisierungstheorien sind viele Einwände vorgebracht worden, in bündiger Zusammenfassung von F. Nuscheler (1974, 195 ff), aber auch – in Abkehr von früheren Positionen – von S.N. Eisenstadt (1979).

Als besondere Gefahr wird herausgestellt, dass Entwicklung "von der durch das Leitbild von Modernität gesetzten Norm und nicht von den jeweils unterschiedlichen historischen und materiellen Entwicklungsbedingungen der jeweiligen Gesellschaft her definiert" wird[3]. Die Belege, die Nuscheler bringt, zeigen in der Tat ein höchst bedenkliches Mass an Ethnozentrismus und Kulturimperialismus. Obwohl Spanien kein aussereuropäisches "Entwicklungsland" ist und die Gefahr ungemässer Anwendung von Entwicklungsleitbildern sich dadurch verringert, dass die Zielsysteme der spanischen Parteien und Gewerkschaften wie anderer Institutionen und Organisationen auf Modernisierung und soziale Mobilisierung ausgerichtet sind, sollen im folgenden Konzepte der Modernisierungstheorien nur insoweit angewandt werden, wie sie "brauchbare oder gar unverzichtbare Theorieelemente" darstellen (Nuscheler, 1974, 195).

und Modernisierungsprozess mehr, sondern betont dessen Inkongruenzen und Diskontinuitäten.

[2] K.W. Deutsch (1961, 494) definiert: "Social mobilization can be defined... as the process in which major clusters of old social, economic and psychological commitments are eroded or broken and people become available for new patterns of socialization and behavior".

[3] Zur "praktischen und philosophischen Frage der letztlichen Wünschbarkeit der Modernisierung" vgl. die pragmatischen Anmerkungen von M.A. Straus (Lüschen, G. & Lupri, E., Eds., 1970, 266).

Wie Nuscheler möchten auch wir dafür plädieren, bei differenzierten Paradigmen theoretischer Orientierung nicht so sehr das Ausschliessende zu sehen, sondern die notwendige Ergänzung der Perspektiven, Konzepte und Methoden, so wie es G. Brandt für die neo-marxistische Forschung und den Ansatz der Modernisierungstheorien bereits 1972 vorgeschlagen hat. Brandt wies auch auf einen immer deutlicher werdenden Mangel sowohl der Modernisierungstheorien wie des neo-marxistischen Ansatzes hin: die bisher wenig geglückte Verknüpfung von makro-soziologischen Strukturtheorien und mikro-soziologischen Verhaltenstheorien. Hier wie dort bestehe die Gefahr, fehlende Glieder durch "interpretatorische Relais" grosszügig zu überspringen.

2. PROBLEME EINER SOZIALSTRUKTURANALYSE SPANIENS

Ein wichtiges methodisches Hilfsmittel der Modernisierungsforschung und der Analyse des sozialen Wandels sind Zeitreihen-Analysen. Die Anwendung dieses Instruments stösst dadurch auf Schwierigkeiten, dass es in Spanien als einem der wenigen Länder Europas keine kontinuierlichen oder auch nur relativ kontinuierlichen Modernisierungsprozesse gegeben hat. Dem frühen Bemühen um Demokratisierung und Liberalisierung nach 1808 folgten Reaktionen und Bürgerkriege; gleichwohl lassen sich seit den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts in Katalonien, dann auch im Baskenland erste bedeutende Erfolge in der Industrialisierung und Alphabetisierung verzeichnen.

Für den kastilischen Zentralismus waren dies aber Ereignisse an der Peripherie; die Modernisierung in den Regionen wurde nicht gestützt: sie sollte nicht zum Vehikel der Eigenständigkeit werden. Ohne auf Einzelheiten eingehen zu können (vgl. auch Linz, 1973) sei resümiert, dass Spaniens Geschichte seit dem Beginn der "Doppel-Revolution" (Hobsbawm, 1962, 10f) "durch die Diskontinuität des Modernisierungsprozesses" gekennzeichnet ist (von Beyme, 1971, 16).

Die Analyse der spanischen Sozialstruktur ist seit dem überraschenden, d.h. nicht zuletzt: den von den analytischen Sozialwissenschaften nicht oder nur unzulänglich prognostizierten Entwicklungen seit Francos Tod (November 1975) vor eine völlig neue Situation gestellt. Konnten sich bisherige Analysen an Globalbezeichnungen wie "faschistisches System" oder "europäisches Entwicklungsland" zumindest orientieren bzw. in der kritischen Abwägung ihrer Anwendbarkeit eine eigene theoretische Perspektive gewinnen (so vor allem von Beyme, 1971), so haben die Veränderungen der letzten Jahre den schon fast ritualisierten Zuschreibungen ("traditional", "faschistisch", "autoritär", etc.) ihre Basis weitgehend entzogen.

Da aber aus der Revolutions- wie aus der Sozialgeschichte nur zu gut bekannt ist, dass sich fundamentale Änderungen sozialer Strukturen nicht in wenigen Jahren durchsetzen oder durchsetzen lassen – wie bereits Tocqueville für die Französische Revolution von 1789 nachwies – taucht im Falle Spaniens die Frage auf, ob die erwähnten Klassifikationen des spanischen Gesellschaftssystems nicht auch

vorher zu global gewesen sind und den Stellenwert einzelner Wandlungen nicht genügend berücksichtigt haben.

Vor Einstieg in die materiellen Analysen sei darauf hingewiesen, dass die hier präsentierten Daten und Trends nicht ausreichen, ein über den Einzelfall hinausgehendes "Paradigma der Entwicklung" (Heintz, 1969) aufzustellen. Obwohl Heintz das von ihm entwickelte Paradigma an typischen Entwicklungsländern (Lateinamerika) expliziert, wäre es eine interessante Aufgabe, die Korrelationen seines "dynamischen Modells" (1969, 259) auf Spanien anzuwenden. Spaniens "Position" zwischen Tradition und Moderne, zwischen den "Kräften des Beharrens" und denen der "Bewegung" (W.H. Riehl), zwischen agrarischem Feudalismus und moderner städtischer, industrieller Gesellschaft könnte auf diese Weise sozialstatistisch anschaulich untermauert werden.

3. BEVÖLKERUNGSSTRUKTUR, BINNENWANDERUNG UND SIEDLUNGSSTRUKTUR

Spanien zählt flächenmässig zu den grössten Ländern Europas. Lässt man die UdSSR unberücksichtigt, folgt es nach der Grösse seiner Bevölkerung hinter der Bundesrepublik, Grossbritannien, Italien und Frankreich an fünfter Position und mit Abstand vor den nächstfolgenden Ländern.

Spanien hat gegenwärtig auf insgesamt 504 Tsd. qkm rund 37 Mill. Einwohner; das sind rund 73 Einwohner/qkm im Durchschnitt (zum Vergleich: Norwegen hat 13, die Schweiz 154 und die Bundesrepublik 250 E/qkm). Im Jahr 1800 hatte Spanien etwa 12 Mill. Einwohner, 1900 18,6 Mill. und 1950 28 Mill. (Tabelle 1).

Tabelle 1. Spanien im Vergleich zu ausgewählten europäischen Ländern (1975).

Land	Fläche in qkm	Bevölkerung in Mill.	Einw./ qkm	Pro-Kopf-Einkommen in Dollar	Bev.-Wachstum 1964/74 vH/Jahr
Spanien	504 750	35 660	71	2 486	1,0
BRD	248 601	61 916	249	6 219	0,7
Frankreich	547 026	52 910	97	5 068	0,8
Griechenland	131 986	9 050	68	2 140	0,5
Italien	301 252	55 643	185	2 706	0,7
Portugal	92 082	8 760	95	1 524	– 0,2
Schweiz	41 293	6 480	157	6 970	0,9

Quelle: Añuario Económico y Social de España 1977, Barcelona 1977, 520 – 21, 524 f.

Als "Spanier" im engeren Sinne gelten die Kastilier, die Andalusier, die Aragonesier und die Asturier; das sind zwei Drittel der Gesamtbevölkerung (zu den "historischen Provinzen" vgl. Tab. 3). Die Bewohner dieser "historischen Provinzen" sprechen "Spanisch", d.i. Kastilisch (castellano).

Die zweitgrösste Volksgruppe ("nacionalidad") mit eigener Sprache sind die Katalanen (24 vH). Katalanisch wird in Katalonien (mit dem Zentrum Barcelona) und als Dialekt auf den Balearen (Mallorca u.a.) und in der Provinz Valencia gesprochen.

Von geringerer Bedeutung ist das Galizische (gallego; 7 vH), einst die bedeutendste Sprache der Halbinsel und Ursprungs-Idiom des heutigen Portugiesischen. Mit dem Erstarken des Regionalismus und der Autonomiebestrebungen nach Francos Tod wird das gallego auch wieder – vergleichbar dem Baskenland – in den grösseren Städten gesprochen.

Als letzte eigenständige Volks- und Sprachgruppe ist das Baskenland (Euskadi) zu nennen (2,5 vH). Das Baskische ist keine indo-europäische Sprache; es zeigt Verwandtschaft sowohl zur afrikanisch-hamitischen wie zur finno-ugrischen Sprachfamilie.

Seit November 1975, unmittelbar nach Francos Tod, sind neben Kastilisch auch Katalanisch, Galizisch und Baskisch als "Nationalsprachen" anerkannt. "Staatssprache" ist Kastilisch. Als grössere ethnische Gruppe mit eigener Lebensweise und Kultur sind noch die Zigeuner zu nennen, deren Zahl auf knapp 300 Tsd. geschätzt wird. Die Juden haben seit den frühen Verfolgungen und Massenaustreibungen, die mit dem Purismus der Reconquista und der Inquisition nach beendeter Maurenherrschaft (1492) zusammenhängen, nie wieder Fuss fassen können (etwa 7000 Juden gegenwärtig).

Die *Geburtenrate* Spaniens lag in den letzten Jahrzehnten über der westeuropäischer und nordamerikanischer Staaten, aber deutlich unter jener "typischer" Entwicklungsländer.

Die *Emigration* ist seit Kolumbus' Tagen ein "ausgleichendes" Element der spanischen Sozialstruktur. War bis zum Zweiten Weltkrieg Latein-Amerika das wichtigste Ziel der spanischen Emigration, so seit den 50er Jahren die westeuropäischen Industriestaaten. Etwa 1 Mill. Gastarbeiter und ihre Familienangehörigen befinden sich gegenwärtig in Westeuropa, vornehmlich Frankreich und der Bundesrepublik (569 resp. 247 Tsd.; Añuario Económico 1977, 208).

Ein Bevölkerungsproblem eigener Art ist der sich auf die ohnehin hoch verdichteten Küsten-Regionen ergiessende *Massentourismus.* Die ca. 30 Mill. Touristen pro Jahr konzentrieren sich auf die Sommermonate und erhöhen dann die spanische Bevölkerung um ca. 60 vH.

Die Indikatoren der Bevölkerungsstruktur zeigen, dass die Demographie Spaniens seit den ökonomisch so bedeutsamen 60er Jahren immer ausgeprägter jene Muster annimmt, die in entwickelten Industrienationen bereits bekannt sind: Erhöhung der Lebenserwartung; nachlassende Geburtenhäufigkeit; Anwachsen der älteren Bevölkerung; Rationalisierung des generativen Verhaltens (Anpassung der Kinderzahl an die Wohnverhältnisse und ökonomischen Möglichkeiten bzw. an das damit verbundene kulturelle und materielle Aspirationsniveau, sowohl für Eltern wie für Kinder). Spanien hat also das Stadium des "demographischen Übergangs" weitgehend hinter sich, ohne zuvor so ausgeprägt wie "typische" Industrienationen die "doppelte Scherenbewegung" (Mackenroth) in der Bevölkerungsentwicklung mitgemacht zu haben.

Die Wanderungsvorgänge der letzten beiden Jahrzehnte führten zu hochgradiger Verdichtung der spanischen Bevölkerung: von den 50 spanischen Provinzen haben in den 60er Jahren nur 15 eine positive Wanderungsbilanz. Die Provinz Madrid hat in dieser Dekade einen Wanderungsgewinn von 1,2 Mill. Einwohnern, Barcelona 1,1 Mill. Zahlreiche Provinzen zwischen dem Verdichtungsraum Madrid im Zentrum des Landes und den Küstenregionen am Mittelmeer und dem Golf von Biscaya hatten Bevölkerungsverluste von ca. 20 vH. Zwischen diesen dichtbevölkerten Küsten-Regionen und der Region Madrid, wo etwa ein Drittel der "Binnenland-Bevölkerung" agglomeriert ist, gibt es weite Zwischenräume, in denen einstiges Kulturland brachfällt, verödet, versteppt und für die zumeist ältere "Rest-Bevölkerung" das Leben noch schwieriger wird als zuvor. Die Wanderungen stehen nur zum Teil im unmittelbaren Zusammenhang mit einem Strukturwandel der Landwirtschaft; sie erzwingen diesen eher als dass sie durch ihn hervorgerufen werden. Waren um 1900 noch knapp 70 vH aller Erwerbstätigen im Agrarsektor beschäftigt, so 1950 49, 6 vH und 1975 nur noch 21,5 vH (vgl. Tab. 4). Während in den wichtigsten Zuwanderer-Provinzen: Barcelona, Madrid und Vizcaya, die Bevölkerungsdichte bei etwa 500/qkm liegt, haben 10 der 50 Provinzen Spaniens weniger als 25 E/qkm.

Die grossen *Wanderungsbewegungen* der beiden letzten Jahrzehnte haben den Anteil der einheimischen Bevölkerung in den Provinzen zum Teil erheblich herabgedrückt. Während in 42 von 50 Provinzen mehr als drei Viertel der Bevölkerung im Jahre 1970 auch in der Provinz geboren waren, sank dieser Anteil in Madrid auf 50,7 vH, in Barcelona auf 53 vH und in der Provinz Vizcaya auf 61 vH. Das bedeutet für die Zuwandernden aus den depressed areas, dass sie in den Agglomerationen ein ähnliches Schicksal wie die "spanischen" Gastarbeiter im übrigen Europa haben: sie sind zum Beispiel beim Zuzug nach Katalonien der Sprache nicht mächtig; sie haben gegenüber den Katalanen zumeist ein deutliches Bildungs- und Ausbildungsgefälle und sie finden zunächst in den nicht übermässig geschätzten Produktionsbereichen der Bauindustrie und des Gastronomie- und Fremdenverkehrsgewerbes ihren Unterhalt.

Die *Urbanisierungsrate* Spaniens ist nunmehr vergleichbar mit der Rate in Ländern, deren Industrialisierung und deren Prozentanteil nicht-agrarischer Bevölkerung höher sind. Von "Überurbanisierung" in einem Land sehr alter und ununterbrochener Stadtkultur wie Spanien zu sprechen, hätte aber nur dann Berechtigung, wenn die Arbeitslosigkeit in den Stadt-Regionen besonders hoch wäre und die zuwandernde Bevölkerung lediglich agglomeriert, nicht aber auch partiell ins städtische System integriert würde[4]. Die Urbanisierungsrate ist zwar in Spanien wie in anderen Ländern ein wichtiger Indikator des Modernisierungsprozesses, sie zeigt aber nicht jene enge Verknüpfung mit den anderen Teilprozessen der Modernisierung: Alphabetisierung, Industrialisierung, Demokratisierung, die aus den westeuropäischen "Referenz-Gesellschaften" bekannt sind (Russett, 1964; Banks, 1971; Flora, 1972).

[4] Diese Unterscheidung ist wichtig, um überhaupt von overurbanization sprechen zu können.

Die Verschiebungen im Siedlungsgefüge lassen sich mit folgenden Vergleichszahlen am besten verdeutlichen: der Prozentsatz der grosstädtischen Bevölkerung stieg von 9 vH im Jahre 1900 auf 37 vH im Jahre 1970, ist also etwas höher als der entsprechende Anteil in der Bundesrepublik Deutschland (1975 = 35,5 vH). Etwa zwei Drittel aller Spanier leben in Orten mit mehr als 10 Tsd. Einwohnern. Gegenwärtig wohnt etwa jeder achte Spanier im Stadtgebiet von Madrid und Barcelona, fast jeder vierte in den Provinzen gleichen Namens, das sind rund 8,7 Mill. von fast 37 Mill. Einwohnern. Barcelona dürfte – und dies nicht erst seit heute – die am höchsten verdichtete Grosstadt Europas sein: auf nur 91 qkm drängten sich 1978 1,85 Mill. Einwohner; das sind mehr als 20 Tsd. E/qkm (Tabelle 2).

Tabelle 2. Bevölkerung in Städten mit mehr als 20 Tsd. Einw. in vH der Gesamtbevölkerung.

Jahr	1850	1870	1890	1910	1930	1950	1960	1970
vH	9,6	12,5	15,0	17,0	23,5	39,8	45,6	54,5

Quellen: Flora, 1974, 167; Foessa-Studien.

Trotz der Konzentration von Arbeitsstätten, Schulen etc. in den Metropolen können ökonomische Faktoren allein den Urbanisierungsprozess der letzten beiden Jahrzehnte nicht erklären. Die "revolution in rising expectations", neue "individuelle und soziale Tugenden" (McClelland), Mobilitätsbereitschaft und die Fähigkeit, sich auf Neues einzulassen und einstellen zu können (Empathie, nach Lerner[5]) sind neben der versäumten Reform der Landwirtschaft incentives für stadtorientierte Wanderungen.

4. WANDLUNGEN IM POLITISCHEN SYSTEM

Entwicklung und Struktur des politischen Systems unter Franco und damit 40 Jahre spanischer politischer Geschichte sind in allen wichtigen Grundzügen von Klaus von Beyme dargestellt worden (1971).

Das franquistische System stützte sich auf drei Säulen: Armee, Movimiento Nacional (Nationale Bewegung; Falange) und die Kirche. Die Macht des Staatschefs und die von ihm persönlich sich ableitende Herrschaft lagen aber eher im wechselseitigen Ausspielen dieser und anderer Kräfte als darin, sich hierauf als staatstragende Elemente vorbehaltlos zu stützen. Kein anderer Diktator dürfte im 20. Jahrhundert in Europa eine vergleichbare Machtfülle auf sich vereinigt haben: Franco war Oberbefehlshaber (Generalísimo) der gesamten Armee (einschliesslich Marine und Luftwaffe), Staatsoberhaupt, Parteichef des "Movimiento" und "nur vor Gott und der Geschichte verantwortlich".

[5] Zu Möglichkeiten der Operationalisierung und Messung von Empathie vgl. z.B. P. Heintz (1969, 14 f).

Die tragende Säule der Macht Francos war die Armee, genauer gesagt: die Gesamtheit der bewaffneten Streitkräfte (Fuerzas Armadas), welche sowohl das Militär im herkömmlichen Sinn wie auch die bewaffnete Polizei und die Guardia Civil umfasst. Diese Fakten werden aufgeführt um zu zeigen, welche Änderungen (rupturas) im politischen System und den staatstragenden Institutionen nach 1975 erforderlich waren – ohne damit zugleich Gründe für die zum Teil radikale und radikalisierte Abwehr gegenüber jedwedem "Rest-Posten" des Madrider Zentralismus nennen zu wollen.

Die Kernpartei des "Movimiento" war die spanische Falange, die im Jahre 1933 gegründet wurde, also in einer Zeit, für die der Faschismus ein "Epochen-Phänomen" (Ernst Nolte) war. Gleichwohl gab es wichtige Unterschiede zu anderen faschistischen Parteien Europas. So ist z.B. der Falangismus, die spanische Form des Faschismus, nie eine Massenbewegung gewesen. Franco selbst kam nicht aus der "Bewegung".

Ähnlich komplex war das Verhältnis zur katholischen Kirche. Während das Konkordat von 1953 noch die Doppelfunktion hatte, das "faschistische Regime" (von Beyme, 1971) zu legitimieren und die Vormachtstellung Spaniens als offiziell "katholischer Nation" zu sichern, wuchs aufgrund der ökonomischen Schwierigkeiten der Einfluss der katholischen Laien-Organisation "Opus Dei" und ihrer mehr pragmatischen Mitglieder in Regierung und Verwaltung. Organisationen wie das "Opus Dei" konnten neben anderen "pressure groups" umso einflussreicher werden, je nachdrücklicher und je länger Parteien und freie Gewerkschaften verboten waren bzw. ihre Mitglieder verfolgt und diskriminiert oder gar kriminalisiert wurden (von Beyme, 1971, 146 f). Daneben bildete sich nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil (1962 – 65) eine immer stärker werdende katholische Opposition.

Wie weit das "offizielle Spanien" und das "vitale Spanien" – um an die berühmte Dichotomie Ortega y Gassets anzuknüpfen – bereits voneinander entfernt waren, erkennt man daran, dass die Kommunistische Partei Spaniens (PCE) erst April 1977 offiziell erlaubt wurde, aber bei den Wahlen im Juni desselben Jahres fast jede zehnte Stimme erhielt.

Der gegenwärtige Demokratisierungsprozess kann als Reaktion des politischen Systems auf tiefgreifende Wandlungen der demographischen, ökonomischen und kulturellen Gegebenheiten interpretiert werden. Es ist nicht im Sinn einer orthodoxen Basis-Überbau-Theorie gemeint, sondern mit Max Weber als "Chance" begriffen, dass nach dem Tode Francos der Wandel in Spanien in Richtung der parlamentarischen Demokratien westeuropäisch-nordamerikanischer Prägung wahrscheinlich war: zum einen wegen der voraufgegangenen Veränderungen in Griechenland und Portugal (über Zusammenhänge vgl. Linz, 1979); zum anderen waren und sind Zahl und Gewicht der genannten "Referenz-Gesellschaften" mit ihren bisherigen Erfolgen in der Entwicklung (Modernisierung) und Integration marktorientierter, liberaler Industrie-Gesellschaften von eigener Sogwirkung.

Wenn davon ausgegangen wird, dass Teilprozesse der Industrialisierung und

Modernisierung in Spanien soweit fortgeschritten waren, dass ohne Umstrukturierungen im politischen System die wachsenden sozialen Spannungen nicht mehr gelöst und "umverteilt" werden konnten, dann ist damit über die Richtung des politischen Wandels noch nicht viel ausgesagt.

Trotz einer überaus grossen Parteien-Vielfalt vor den ersten freien Wahlen nach über 40 Jahren hatten 1977 nur vier Parteien bzw. Parteien-Bündnisse Aussicht auf grössere Wähleranteile: die rechtsstehende Volks-Allianz (Alianza Popular: AP von M. Fraga Iribarne; diese parteipolitische Gruppierung hat als Coalición Democrática = CD 1979 erheblich Stimmen verloren); das "Demokratische Zentrum" des Ministerpräsidenten Adolfo Suárez (Unión del Centro Democrático = UCD); die Sozialistische Arbeiter-Partei Spaniens des Felipe González (Partido Socialista Obrero Español = PSOE) und die mit ihr inzwischen vereinigte Sozialistische Partei Kataloniens (Partit Socialists de Catalunya = PSC); schliesslich die Kommunisten unter Santiago Carrillo (Partido Comunista de España = PCE) (Tabelle 3).

Tabelle 3. Ergebnisse der Wahlen zum spanischen Kongress (Abgeordneten-Haus) 1977 und 1979: Sitze der Parteien in den historischen Provinzen.

Historische Provinz	Parteien/Wahljahr									
	UCD		PSOE		PCE		AP = CD		andere*	
	1977	1979	1977	1979	1977	1979	1977	1979	1977	1979
Andalusien	26	24	28	23	5	4	–	–	–	5
Aragonien	7	8	6	5	–	–	–	–	–	–
Asturien	4	4	4	4	1	1	1	1	1	1
Balearen	4	4	2	2	–	–	–	–	–	–
Baskenland	4	5	7	5	–	–	1	–	9	11
Can. Inseln	10	9	3	3	–	–	–	–	–	1
Extremadura	8	7	4	5	–	–	–	–	–	–
Galizien	20	17	3	3	–	–	4	4	–	–
Alt-Kastilien	30	31	10	13	–	–	4	–	–	–
Neu-Kastilien	23	25	22	20	4	4	4	3	–	1
Katalonien	9	11	15	17	8	8	1	1	13	10
Murcia	4	4	4	4	–	–	–	–	–	–
Navarra	3	3	2	1	–	–	–	–	–	1
Valencia	11	13	14	13	2	3	1	–	1	–
(Ceuta/Melilla)	2	2								
Spanien	165	167	124	118	20	20	16	9	24	30

* "andere Parteien". An wichtigster Stelle sind zu nennen: CD = Coalición Democrática; CU = Convergencia y Unió (Katalonien); UN = Unión Nacional; PSA = Partido Nacionalista Vasco; HB = Herri Batasuna (Baskenland) = "Einiges Volk".

Quelle: Cambio 16, No. 380 (März 1979).

Eines der überraschendsten Ergebnisse der Wahlen war, dass trotz aller demographischen Verschiebungen in den letzten 40 Jahren die früheren Parteihochburgen mit den jetzigen weitgehend identisch sind. Dieses Ergebnis ist umso erstaunlicher, als nach über 40 Jahren Diktatur und Repression die Angst vor einer freien Meinungsäusserung, zumal in den Wahlen von 1977, im Volk weit verbreitet war (die letzten freien Parlaments-Wahlen fanden im Februar 1936 statt).

Auf die Parteien der Linken entfielen 1977 41 vH der Stimmen, 1979 44 vH; auf die Parteien des Demokratischen Zentrums und der Rechten entfielen 1977 54 vH und 1979 53 vH der Stimmen. Die restlichen 5 resp. 3 vH entfallen auf die extreme Rechte. Regional, wie in Katalonien, erreichten die Links-Parteien die absolute Mehrheit oder wurden, wie in Andalusien die Sozialistische Arbeiter-Partei, zur stärksten politischen Kraft.

Bei den ersten freien, allgemeinen Kommunalwahlen seit April 1931, die am 3. April 1979 stattfanden, wurde der Trend der Parlaments-Wahlen vom 1. März 1979 noch verstärkt: weitere Regionalisierung der Parteien-Landschaft und Links-Orientierung, zumal in den Städten. Madrid, Barcelona, Valencia, Zaragoza, Sevilla und viele andere grosse Städte haben nun einen sozialistischen Bürgermeister.

Die zentrale Aufgabe des ersten Parlaments von 1977 bestand in der Erarbeitung und Verabschiedung einer Verfassung (Constitución). Am 7.12.78 wurde der bereits im Juli vom Parlament verabschiedete Entwurf in einer Volksabstimmung mit 88 vH der abgegebenen Stimmen (bei 67 vH Wahlbeteiligung) angenommen. Januar 1979 trat das Verfassungs-Werk in Kraft. Es bestimmt unter anderem, dass Spanien eine parlamentarisch-demokratische Monarchie ist und dass das Parlament (Cortes) aus Abgeordnetenhaus (Congreso) und Senat (Senado) besteht. Von den vielen Verfassungsaufträgen zur Einrichtung neuer Institutionen seien einige erwähnt. Die Verfassung anerkennt die Autonomie der Nationalitäten (nacionalidades) und Regionen und sieht entsprechende Autonomie-Statute vor. Nach zähem Ringen konnten entsprechende Statute am 25. Oktober 1979 für Katalonien und das Baskenland verabschiedet werden[6].

Für die Regionen ist eine Übergangszeit von bis zu fünf Jahren vorgesehen. Da Andalusien nicht als "nacionalidad", sondern nur als Region eingestuft wurde, hat man hier wie für Galizien den Konflikt in der Verfassung quasi vorprogrammiert. Unzulänglich gelöst sind bisher die entscheidenden Fragen der Autonomie-Statute: Finanzausgleich, öffentliche Sicherheit und Justiz. Nur Katalonien und das Baskenland werden eine eigene Regierung, ein Parlament und damit legislative Befugnisse für eine Reihe von Materien erhalten[7].

[6] Im Baskenland sprachen sich 89, 1 vH der abgegebenen Stimmen (60,2 vH Wahlbeteiligung) für die Annahme des Statuts aus); in Katalonien waren es bei einer Wahlbeteiligung von 59,7 vH 88,1 vH (der hohe Anteil der Stimmenthaltungen ist in Spanien nicht überraschend; bei vorstehender Abstimmung kommt aber hinzu das weitgehende Desinteresse der zahlreichen Zugewanderten).

[7] Ein "Gleichgewicht der Kräfte" zwischen Zentralregierung und autonomen "nacionalidades" wird nur äusserst schwierig herstellbar sein. In einem – mit Unterbrechungen –

Um den Bruch zum Franco-Regime deutlich zu machen, den die neue Verfassung, die in der Tradition liberaler europäischer Grundordnungen steht, bedeutet, sei an ein in Spanien kursierendes Wort erinnert: hätte jemand im Franco-Regime die in der Verfassung garantierten Rechte für sich in Anspruch genommen, so wären ihm wenigstens tausend Jahre Zuchthaus sicher gewesen.

Es ist trotz dieses "Bruches" schwer entscheidbar, ob Spanien das "zentrale Problem der politischen Modernisierung" gelöst hat: ein "sich selbst tragendes politisches Wachstum" zu erreichen (Eisenstadt, 1979, 108).

Das sich selbst tragende politische Wachstum setzt voraus, dass die politischen Institutionen differenziert genug sind, auf gesellschaftliche Probleme flexibel und im Sinne der intendierten Entwicklungsziele zu reagieren. Spanien hat zwar nunmehr demokratisch gewählte Basis-Institutionen (Kongress; Senat; Gemeinderäte; Deputierten-Versammlung der Provinzen), aber ein grundlegender personeller Wandel, d.h. ein Austausch der "Macht-Elite" (C.W. Mills) in allen anderen gesellschaftlichen Institutionen hat noch nicht stattgefunden. Der Wandel wird wahrscheinlich schneller in den autonomen und teil-autonomen "nacionalidades" und "regiones" erfolgen als im übrigen Spanien. Damit stellt sich das Problem von Integration und Differenzierung des spanischen politischen und gesellschaftlichen Systems völlig neu. Die weitere Entwicklung hängt nicht nur von einem Lösungsmodell der Konflikte zwischen Gesamtstaat und autonomen Regionen ab (man denke nur an die vielen Lösungsmöglichkeiten des wichtigen Instruments "Finanzausgleich"), sondern auch davon, ob in den übrigen Institutionen und Gesellschaftsbereichen (Arbeit; Schule; Wohnen etc.) eine "partizipative Kultur" aufgebaut werden kann, die das politische System stützt.

Von entscheidender Wichtigkeit für die Entwicklung der spanischen Innen- und Aussenpolitik wird weiterhin sein, ob dieses Land in seiner strategisch höchst wichtigen und exponierten Lage der NATO beitritt (bzw. in eine Situation gebracht wird, die den autonomen Entscheidungsspielraum in dieser Frage einengt).

5. STRUKTUR UND WANDEL IM ÖKONOMISCHEN SYSTEM

Die Isolation, in die Spanien durch den Ausgang seines Bürgerkrieges (1936 – 1939) und das Ende des Zweiten Weltkrieges als "verspätete faschistische Nation" geriet, bedeutete auch Ausschluss vom European Recovery Program: weder wurde Spanien am Marshall-Plan beteiligt noch an der Gründung der OEEC (Organization for European Economic Cooperation, 1949). Erst 1959 wurde es in die OEEC aufgenommen und damit seit 1960 Mitglied der Nachfolgeorganisation der OEEC, der Organization for Economic Cooperation and Development (OECD).

seit langer Zeit zentralistisch regierten Land werden "Transferierungen" von Macht nicht nur institutionelle Hindernisse zu überwinden haben.
Zur Entwicklung und Struktur des spanischen Regionalismus mit reichem historischem und sozialstatistischem Material vgl. J. Linz (1973, 32 – 116).

Um die Jahre 1959/60, nach Inkrafttreten des Stabilisierungsplans und dem beginnenden Einfluss der Technokraten des Opus Dei, sehen die Analytiker übereinstimmend den Beginn eines ungewöhnlich raschen ökonomischen Wandels. Die Zuwachsraten zum Bruttosozialprodukt lagen in den 60er Jahren über denen westlicher Industrienationen.

Einige Charakteristika der ökonomischen Struktur und Entwicklung lassen sich wie folgt zusammenfassen:

– die Erwerbsquote ist in Spanien, verglichen mit westeuropäischen Industrienationen, relativ niedrig. 1974 betrug sie 37 vH (Bundesrepublik 43,9; Schweiz 1978: 45,6), 54,7 bei den Männern und 21,4 bei den Frauen;

– etwa 1 Mill. spanische Gastarbeiter mit ihren Familienangehörigen befinden sich immer noch in westeuropäischen Ländern;

– die Wachstums- und Umstrukturierungsprozesse im ökonomischen System werden von hohen Preissteigerungs- und Inflationsraten begleitet (gegenwärtig um 20 vH);

– über das 1941 gegründete Instituto Nacional de Industria und über das Bankensystem wird eine grosse Zentralisation wirtschaftspolitischer Entscheidungen erreicht;

– hohe Investitionen des Auslandes (1975 ca. 465 Mill. Dollar; Willms, 1977, 35);

– Konzentration zahlreicher Investitionen auf die Bewältigung des Massentourismus (seit 1973 jährlich um 30 Mill.).

In Spanien haben sich seit 1960 eine Anzahl von Änderungen in den Produktionssektoren ergeben (Tabelle 4).

Tabelle 4. Anteile der Erwerbstätigen an den Produktionssektoren.

Jahr	Landwirtschaft und Fischerei	Industrie/ Handwerk	Dienst- leistungen	Summe
1900	67,8	15,2	17,0	100
1950	49,6	25,5	24,9	100
1960	41,7	31,8	26,5	100
1970	29,1	37,3	33,6	100
1975	23,1	37,2	39,7	100

Quellen: Foessa 1976, 717, 720; für 1976: Añuario Económico, 1977, 90.

Zwischen 1950 und 1970 ging die Zahl der Lohnabhängigen in der Landwirtschaft um etwa 1,5 Mill. zurück; gleichzeitig stieg sie in der Industrie um etwa 1,7 Mill. und im Dienstleistungssektor um etwa 1 Mill. Beschäftigte (Foessa 1976, 721). Mit diesem Umschichtungsprozess ist eine erheblich veränderte Arbeitsproduktivität in den einzelnen Sektoren verbunden.

Tamames schätzt für 1971 die Zahl der verbliebenen Landarbeiter auf ca. 700 Tsd., die der Besitzer und Pächter kleiner und kleinster Parzellen auf etwa

2,5 Mill. (1973, 390 f). An den Besitzverhältnissen auf dem Lande hat sich seit den 60er Jahren jedoch kaum etwas geändert; damals verfügten 0,86 vH der Besitzer über 53 vH des Bodens und 91,6 vH der Besitzer über nur 19 vH Wirtschaftsland. Diese äusserst starke Konzentration wird "in Europa von keinem anderen Land erreicht" (Zettelmeyer, 1971, 322; zum international vergleichenden Gini-Index vgl. Russett, 1964, 239).

Zwischen dem hohen Konzentrations- und Ungleichheitsindex der Landverteilung und dem technisch-sozialen Entwicklungsstand der Agrarproduktion muss jedoch nicht notwendig eine so ungünstige Korrelation bestehen wie in Spanien, worauf von Beyme bereits hingewiesen hat (1971, 162).

Sind die Kleinbetriebe (minifundismo) nicht in der Lage, zu rationalisieren, so fehlt dem beherrschenden Grossbesitz (latifundismo) zum Teil der Anreiz durch die staatlich garantierten, aber kaum kontrollierten und hinter den Preissteigerungen zurückbleibenden Mindestlöhne für Landarbeiter. Gleichwohl gibt es auch im Agrarbereich, so auf den monokulturell und in Plantagenwirtschaft genutzten Latifundien der Küstenregionen, "einen ökonomischen Kalkül der Gewinnmaximierung" (Zettelmeyer, 1971, 325). Hiermit verschärfen sich auch die Klassenauseinandersetzungen im Agrarsektor, so vor allem in Andalusien.

Die weiterhin bestehende enge Verknüpfung der zum Teil aristokratischen Bodenbesitzer-Oligarchie mit der Finanz-Oligarchie hat bisher grundlegende Strukturreformen verhindern können. Jede Agrarreform steht vor der doppelten Schwierigkeit, den Latifundienbesitz zu parzellieren und den zersplitterten Kleinbesitz zu arrondieren. In unguter Erinnerung ist die gescheiterte Agrarreform der Zweiten Republik (1931 – 36) bzw. der Bürgerkriegszeit, die Grossgrundbesitzer *und* Pächter gegen sich aufbrachte. Unter Franco wurden die entschädigungslos enteigneten Latifundien den Eigentümern zurückgegeben und die eingerichteten Kooperative (1936 sollen 1878 Kooperative bestanden haben) aufgelöst.

Ein weiteres signifikantes Merkmal des spanischen ökonomischen Systems ist die Konzentration des Kapitals in sechs Grossbanken. Einer relativ kleinen Finanz-Oligarchie kommt damit eine überragende Kontrollfunktion für Spaniens Wirtschaft zu: der in- und ausländischen Investitionen, Kontrollen des Bodenmarktes, des Wohnungsbaus und der Wohnungsnutzung etc. Die öffentliche Kontrolle dieser Machtzentren und die Integration ihrer Entscheidungen in eine sozialstaatliche Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik wären wichtige Voraussetzungen der weiteren Entwicklung und Reformpolitik.

Aber auch im ökonomischen System kündigt sich Wandel an, der nicht zuletzt auf Bestimmungen der neuen Verfassung zurückzuführen ist. Gegenwärtig (Dez. 1979) steht das in der Verfassung vorgesehene "Estatuto del Trabajador" (das Arbeiter-Statut) kurz vor seiner Verabschiedung.

Von Bedeutung für Struktur und Entwicklung des sozio-ökonomischen Bereichs ist weiterhin ein im fortgeschrittenen Verhandlungsstadium befindlicher "pactosocial", den die kommunistische Gewerkschaft (die Comisiones Obreras, CCOO), die sozialistische Gewerkschaft (Unión General de Trabajadores, UGT; vgl. w.u.) und die wichtigste Arbeitgeber-Vereinigung, die "Spanische Konföderа-

tion der Unternehmer-Organisationen" (Confederación Española de Organizaciones Empresariales, CEOE) aushandeln.

An weiteren Zukunftsperspektiven, die einen bedeutenden Wandel der spanischen ökonomischen Struktur wie einen überragenden Einfluss auf die weitere Entwicklung des Landes haben könnten, ist die beabsichtigte Integration Spaniens in die EG zu nennen. Am 28. Juli 1977, wenige Wochen nach den ersten Parlamentswahlen der Nach-Franco-Ära, stellte der spanische Aussenminister Marcelino Oreja in Brüssel den Antrag auf Voll-Mitgliedschaft seines Landes in der EG. Als möglicher Zeitpunkt für die Aufnahme ist gegenwärtig Januar 1983 im Gespräch.

6. EINIGE HINWEISE ZUM KULTURELLEN WANDEL UND WANDEL IM WERTSYSTEM

Die Prozesse des sozialen Wandels sind nicht nur zu komplex, um ausschliesslich institutionell interpretiert werden zu können, sie haben darüber hinaus eine nicht-institutionelle "Basis" im Normen- und Wertsystem der handelnden Individuen. Durch die Arbeiten von McClelland und Etzioni wurde deutlich, was seit Max Weber zum Kernbestand der soziologischen Analyse gehören sollte: die Handlungsmotive der Individuen und sozialen Gruppen, die nicht nur klassenspezifisch oder institutionell interpretiert werden können, haben einen fundamentalen Einfluss auf das wirtschaftliche Handeln und die Sozialstruktur (zur Werteinstellung gegenüber dem Kapitalismus vgl. Kap. 7).

Die Prozesse des sozialen Wandels sind darüber hinaus zu vielschichtig, um ausschliesslich in einer Richtung interpretiert werden zu können. Legt man den Analysen zur sozialen Mobilisierung die Richtungsänderung der "Modernisierung" zugrunde, so zeigt sich, dass es das Phänomen der "Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen" (Pinder), der Phasenverschiebungen, des "cultural lag" (Ogburn) gibt. Aber es gibt auch Gegenbewegungen, "Re-aktionen".

Ein Standardmass der Modernisierungsforschung und der Theorien des sozialen und kulturellen Wandels ist der Index der Alphabetisierung.

Erst in der Gegenwart werden in Spanien Quoten erreicht, wie sie in entwickelten Industrienationen schon seit Jahrzehnten bekannt sind. Doch hier darf ebensowenig wie bei der Urbanisierung oder dem Anwachsen des tertiären Sektors eine zu enge Wechselwirkung zwischen Alphabetisierung und weiteren Indikatoren der Modernisierung unterstellt werden. Bei der Einteilung der Länder dieser Erde nach dem Kriterium des Verhältnisses von Alphabetisierungs- und Verstädterungsrate nimmt Spanien einen mittleren Rang ein: es gehört nicht zur Gruppe der "alten Nationen" und protestantischen Länder mit sehr früher Alphabetisierung (allen voran Preussen); noch gehört es zu jenen Ländern, in denen die Verstädterungsrate die jeweilige Alphabetisierungsrate weit übersteigt (Flora, 1972, 97) (Tabelle 5).

Für das 19. Jahrhundert geht Flora (1972, 108) im Anschluss an Russett von folgenden Quoten aus: 1850 ca. 75 – 80 vH und 1870 65 – 70 vH Analphabeten (Deutschland 1850 15 – 20 vH).

Tabelle 5. Prozentanteil der über 10jährigen Männer und Frauen, die weder lesen noch schreiben können.

Jahr	1900	1930	1950	1970
Männer	47,2	24,1	12,2	5,1
Frauen	69,3	39,2	22,0	12,2

Quelle: España Panorámica 1974, 310.

Differenziert man die spanischen Werte nach Region und Beruf, so zeigen sich erhebliche Unterschiede: fast ein Viertel aller Landarbeiter kann auch heute noch nicht lesen und schreiben. Während in Andalusien für 1970 noch 15,2 vH Analphabeten registriert wurden, waren es in Katalonien 6,4 vH und im Baskenland 2,7 vH.

Das grosse Problem des spanischen Bildungs- und Ausbildungssystems besteht vor allem darin, dass das staatliche Schulwesen unzureichend ausgebaut ist und selbst ärmere Bevölkerungsschichten bemüht sein müssen, ihre Kinder bereits im Grundschulalter auf private Institutionen zu geben. Die Situation wird dadurch verschlimmert, dass die Lehrer der staatlichen Schulen auch für spanische Verhältnisse sehr schlecht bezahlt werden und zur breiten Schicht derjenigen gehören, die durch einen zweiten Beruf den Lebensunterhalt bestreiten bzw. den Lebensstandard verbessern (Problem des "pluriempleo", der in Spanien üblichen Mehrfach-Beschäftigung).

Die Prozesse der sozialen Mobilisierung und Modernisierung lassen die Struktur der Familie nicht unberührt. Das ist in einem Land wie Spanien von besonderer Bedeutung, weil hier das Familien- und Verwandtschaftssystem einen zentralen Stellenwert im Sozialgefüge hat.

Welche Wandlungen rein strukturmässig vor sich gegangen sind, kann man dem Zensus von 1970 entnehmen. Danach werden von den knapp 8 Mill. Familien genau zwei Drittel zur Kategorie der Kernfamilie (2 – 5 Personen) gerechnet, der Rest zum Typus der "erweiterten Familie". Eine Aufteilung der Familienformen auf die städtische, die ländliche und eine Zwischenzone bringt nur für den mehrgenerativen Mehrfamilien-Haushalt (6,5 vH aller Familien) deutliche Unterschiede zwischen Stadt und Land. Sehr eindeutig zeigen die Statistiken, dass die durchschnittliche Kinderzahl in den obersten Schichten und der ländlichen unteren Schicht am höchsten ist.

Durch Beibehaltung verwandtschaftlicher oder dörflich-nachbarlicher Beziehungen im neuen Wohnquartier der Stadt (wie im städtischen Arbeitsbereich) wird versucht, die negativen Auswirkungen, die mit der Existenz der "isolierten Kernfamilie" im städtischen Agglomerationsbereich verknüpft sein können, abzuschwächen.

Zum Wandel der Familienstruktur gehört die geänderte und gegenwärtig sich beschleunigt ändernde Stellung der Frau. Dies ist vor allem auf eine in den letzten Jahren rasch gestiegene Erwerbsquote der Frauen zwischen 15 und 65 Jahren

zurückzuführen, aber auch auf Wandlungen im Wertsystem: geänderte Einstellungen zur Ehescheidung (die prinzipiell immer noch verboten ist), zum vorehelichen Geschlechtsverkehr und zur Anwendung kontrazeptiver Mittel etc. (Foessa-Studien 1976). Hier nähert sich Spanien mehr und mehr westeuropäischen "Mustern". Die Emanzipation der Frau, die im öffentlichen Verhalten und Berufsleben der Mädchen und jungen Frauen längst sichtbar ist, wird den für Spanien (wie für Mittel- und Südamerika) so charakteristischen "Machismo" abschwächen. Was für andere Länder schon vor Jahren empirisch breit belegt werden konnte (Goode 1963; Lupri 1970), zeigt sich auch in Spanien: die Industrialisierung, Verstädterung und gesellschaftliche Differenzierung führt zu einem Schwinden der väterlichen bzw. männlichen Autorität.

Spanien ist zwar nicht mehr offiziell die "katholischste aller Nationen", aber immer noch ein vom Katholizismus geprägtes Land. Die seit der Reconquista gegebene Dominanz der Kirche auch in weltlichen Angelegenheiten hatte als Antithese auch Phasen eines vehementen Anti-Klerikalismus, grausamer Priesterverfolgungen und vandalischer Bilderstürmerei. Die republikanische Verfassung von 1931 mit ihrer geradezu radikalen Trennung von Kirche und Staat brachte noch vor Beginn des Bürgerkrieges einen unversöhnlichen Kirchenkampf, dem Einhalt zu gebieten die Republik zu schwach oder auch nicht willens war. Als Reaktion erfolgte eine "unheilige Allianz" der Kirche mit dem reaktionär-katholischen Franco-Regime: Ein Zweckbündnis, das seine Stifter nicht überlebte. Die Opposition der Kirche wuchs, zumal seit dem blutig niedergeschlagenen Bergarbeiterstreik in Asturien (1961) und dem Zweiten Vatikanischen Konzil (1962 – 65). "Unheilig" wurde die Allianz des Regimes mit der Kirche nunmehr auch in dem Sinn, dass im offiziell katholischen Spanien zeitweise mehr Priester im Gefängnis sassen als in einem anderen Land.

Ein besonderes Problem des hier nur aspekthaft aufgezeigten kulturellen Wandels und des Wandels im Wertsystem liegt – bedingt durch die bewusste Abkehr vom franquistischen Regime – in der Beschleunigung der psychischen und sozialen Mobilisierungsprozesse. Dies bedeutet auch, dass möglicherweise zuviele soziale und kulturelle Probleme auf einmal artikuliert werden, was die Problemlösungskapazität nicht unbedingt steigern muss (vgl. hierzu die Arbeiten von Luhmann). Wie sollen in einem Land mit bisher nur unzureichend entwickelter "partizipativer Kultur" für folgende Probleme Lösungen gefunden werden, die breite Bevölkerungsgruppen akzeptieren können: Verbesserungen des Schulwesens und der Infrastruktur; gesetzliche Regelungen für Scheidung, Abtreibung, Versorgungsausgleich; Regionalisierung, Säkularisierung, Verbesserung der Situation am Arbeitsplatz und der Stellung der Frau. Der "Problem-Stau" vor Franco's Tod war so übermächtig, dass aus der heutigen Sicht die Einrichtung der parlamentarischen Demokratie wie ein Ventil erscheint, grössere soziale Unruhen zu vermeiden.

Das Parlament allein kann den Problem-Stau nicht bewältigen; es kann hierfür allenfalls die rechtlichen und institutionellen Voraussetzungen schaffen. Prozesse der Umverteilung von "Bildungspatenten" (Max Weber, 1964, 735), der Erhöhung der Partizipation in allen wichtigen Institutionen und Sozialbereichen

und der korrespondierenden Verbesserung von Konfliktlösungsmöglichkeiten sind mehr als nur "flankierende Massnahmen", sie sind die Basis der angestrebten, neuen Sozialordnung.

7. KLASSENSTRUKTUR UND SOZIALE SCHICHTUNG

Wird unter Sozialstruktur ein relativ "dauerhaftes System sozialer Beziehungen zwischen den Inhabern sozialer Positionen" verstanden (Pappi, Laumann, 1974, 173), dann müssen einige dieser Positionen kurz gekennzeichnet werden, um den Wandel der Sozialstruktur zu verdeutlichen.

Es wurde bereits auf die höchst ungleichen Bildungs- und Ausbildungsstandards und -chancen hingewiesen. Als weiterer Indikator zur Bestimmung des sozialen Status sei die Einkommens-Verteilung herausgestellt (Tabelle 6).

Tabelle 6. Verteilung der verfügbaren Einkommen auf die Haushalte 1974.

Durchschnittliches Jahreseinkommen (DM)	Prozent-Anteil der Haushalte	Prozent-Anteil der Einkommen
bis 3.772	6,22	0,86
3.772– 5.388	6,02	1,57
5.388– 8.082	13,04	4,75
8.082–10.776	18,00	9,45
10.776–21.552	39,47	34,54
21.552–31.430	13,11	18,95
31.430 und mehr	4,14	29,88
Summen	100,00	100,00

Quelle: Añuario Económico 1977, 431 (hier zum Kurswert von 1974 auf DM umgerechnet).

Aus dieser Tabelle können unter anderem folgende Aussagen zusammengefasst werden: ein Viertel aller Haushalte hatte 1974 ein durchschnittliches Jahreseinkommen, das zum Teil erheblich unter DM 8082 lag[8]. Fast ein Drittel der Summe aller Einkommen teilen sich etwa 4 vH der Haushalte. Regionale Differenzierungen zeigen noch erheblich grössere Unterschiede.

Auch alle anderen hier wichtigen Indikatoren (Vermögensverteilung; Besitz von Bildungs- und Ausbildungszertifikaten; Wohnungsstandard; Arbeitsplatzsituation; Ausstattung mit Auto, Telefon etc.) zeigen, dass die regionalen und schichtspezifischen Unterschiede sozialer Positionen in Spanien grösser sind als in westeuropäischen und nordeuropäischen Industrienationen.

[8] Das durchschnittliche Jahreseinkommen der Haushalte ist nicht zu verwechseln mit dem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen bzw. Pro-Kopf-Anteil des BSP. Für 1977 gibt der "Fischer-Welt-Almanach 80" (312) 3 190 US-Dollar an.

Unter Berücksichtigung der von Marx et al. erarbeiteten Kriterien zur Bestimmung einer Gesellschaftsstruktur im Ausgang von den Besitz- und Verfügungsverhältnissen an gesellschaftsbedeutsamen Produktionsmitteln und der Konsequenzen, die die Differenz von Lohnarbeit und Kapital für die Soziallage der Individuen und Gruppen hat, wird man die spanische Sozialstruktur in wichtigen Grundzügen als kapitalistisch und als Klassenstruktur bezeichnen können. Wenn Marx im "18. Brumaire des Louis Bonaparte" darauf hinweist, dass das Zeitalter der Bourgeoisie den Antagonismus der Klassen simplifiziere, weil es ihn auf den direkten Gegensatz von Bourgeoisie und Proletariat verkürze, dann ist damit auch eine Perspektive für die Entwicklung in Spanien gewonnen. Die beschriebenen regionalen Konzentrationsprozesse von Bevölkerung, Arbeitsplätzen, Banken, Verkehrs- und Kommunikationssystemen sind zugleich Prozesse der Kapitalisierung von ökonomischen Strukturen, von Arbeitsverhältnissen und damit von Sozialverhältnissen überhaupt.

Für die 70er Jahre kommen die von katholischen Organisationen finanzierten Foessa-Studien zu dem Ergebnis, dass die kapitalistische Produktionsweise in der Form des staatlich gestützten Monopol-Kapitalismus vorherrsche; doch auch zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist Spanien kein Land, in dem die Dynamik des Kapitals alle Produktionssektoren, Regionen und Sozialschichten voll erfasst hätte. Der "Geist des Kapitalismus" (Max Weber) konnte sich deshalb in Spanien nur zögernd ausbreiten, weil das Land sich gegenüber Reformation und Calvinismus ("protestantische Ethik"), Aufklärung und Liberalismus weitgehend abschloss, ideologisch und weltpolitisch einen Sonderweg ging (spanischer Kolonialismus) und gegenüber den Werten von Leistung und Erfolg immer andere, "spanische" Werte betont wurden.

Trotz einer reservierten bis feindlichen Haltung eines Teils der Grossgrundbesitzer-Oligarchie gegenüber der "Plackerei des Unternehmertums" hat sich, ausgehend von Katalonien und dem Baskenland und unterstützt durch ausländische Investitionen, der Kapitalisierungsprozess durchgesetzt.

Der Antagonismus der spanischen Klassenstruktur kann offiziell erst seit 1976/77 untersucht werden; er war jedoch vorher durch die intensive Arbeit der verbotenen Gewerkschaften bzw. der Comisiones Obreras und der Links-Parteien bewusst (Franz, 1975). Streiks waren bis Anfang 1977 offiziell verboten, doch in Wirklichkeit hatte Spanien eine der grössten Streikquoten in Europa[9].

Die spanische Gewerkschafts-Szenerie war und ist höchst komplex. Neben die staatliche Einheits- und Zwangs-Gewerkschaft CNS (Central Nacional Sindicalista) treten seit Ende der 50er Jahre die Comisiones Obreras, die trotz des Verbots ein offenkundiges Vakuum füllten: für Arbeiter *und* Unternehmer. Der Kampf um unabhängige, freie Gewerkschaften wurde in den letzten Jahren des

[9] Vgl. die Year Book(s) of Labour Statistics (International Labour Office, Genf). Im Jahr 1975, also noch während des Franco-Regimes, hatte Spanien 2807 Arbeitskonflikte, an denen 504 Tsd. Arbeitnehmer beteiligt waren (in der Industrie allein 405 Tsd.). Hierbei gingen 1,8 Mill. Arbeitstage verloren (1976 Year Book of Labour Statistics).

Franco-Regimes selbst von Unternehmerseite befürwortet, weil sie sich die Arbeiter als tariffähige, von staatlicher Bevormundung freie Sozialpartner wünschten. Nur so schien auch ein Abebben der Streikwelle und eine weitere Expansion der Betriebe möglich zu sein. Seit der Legalisierung der Gewerkschafts-Arbeit (Frühjahr 1977) haben die traditionalen spanischen Gewerkschaften, die 1888 gegründete UGT, und die anarcho-syndikalistische CNT, die Confederación del Trabajo (von 1910), rasch wieder an Boden gewonnen.

Um die gegenwärtige spanische Sozialschichtung zu erfassen, hat die Fundación Foessa auf der Basis der 1970er Volkszählung eine Auswertung vorgenommen. Vergleichbar dem Scheuch-Index von 1961 werden drei Variable für den aktuellen sozialen Status und die Schichtzugehörigkeit als besonders wichtig angesehen (Foessa, 1976, 880):

– das Familieneinkommen und damit das ökonomische Niveau und der Konsumstand;
– der Ausbildungsstand und damit das kulturelle Niveau;
– das Berufs-Prestige als wichtigster Indikator für soziales Prestige.

Ohne auf methodische Probleme hier eingehen zu können, sei nur das Ergebnis, die "Schichtungs-Pyramide", angeführt (Tabelle 7).

Tabelle 7. Soziale Schichtung in Spanien (1970).

Schicht	Zahl der Haushalte	Anteil in vH
Oberschicht	98.800	1,1
Obere Mittelschicht	698.300	7,8
Untere Mittelschicht	1.674.700	18,8
Unterschicht	6.460.400	72,3
Summen	8.932.200	100,0

Quelle: Foessa 1976, 882.

Auffallend und im Gegensatz zu westeuropäischen Industriegesellschaften ist die sehr viel kleinere Mittelschicht und die breite Pyramidenbasis. Der oligarchischen Oberschicht aus leitenden Staatsbeamten, kapitalistischen Unternehmern in Industrie, Banken und Handel, den Grossgrundbesitzern und "Leuten von Familie" steht eine relativ kleine Mittelschicht aus leitenden Angestellten, hochqualifizierten Facharbeitern, selbständigem "Mittelstand" und schliesslich eine breite Unterschicht aus Rentnern, Landarbeitern und Arbeitern gegenüber.

Der seit Ende der 50er Jahre verstärkt einsetzende Prozess der Industrialisierung erhöhte die Chancen und die Notwendigkeit der Professionalisierung. Eine Untersuchung über die inter-generative Berufsmobilität zeigt deutlich, dass ein Viertel der Söhne nicht mehr in den Berufen der Väter tätig ist und insbesondere die Gruppe der Facharbeiter im Generationen-Wechsel erheblich zugenommen hat:

von 18,1 auf 27,2 vH aller Erwerbstätigen. Zugleich wurde die Vererbungswahrscheinlichkeit des Landarbeiterberufs geringer: der Anteil sank von 20,3 auf 7,5 vH (Foessa, 1976, 1379).

Die Intergenerationen-Mobilität kann – bezogen auf das Jahr 1974 – durch ein stark vereinfachendes Modell kenntlich gemacht werden (Tabelle 8).

Tabelle 8. Intergenerationen-Berufsmobilität (1974).

Beruf des Vaters	Beruf der Kinder			
	nicht-man.	Arbeiter	Landw.	Summen
nicht-man. Tätigk.	*18,4*	4,8	0,6	23,8
Arbeiter	8,5	*17,2*	0,6	26,3
Landwirtschaft	12,1	13,7	*24,1*	49,9
Summen (N = 3.064)	39,0	35,7	25,3	100,0

Quelle: Foessa 1976, 740.

Aus dieser Tabelle ist der bereits angesprochene Trend zur Professionalisierung leicht ersichtlich: während noch die Hälfte der Väter in der Landwirtschaft tätig war, ist es bei deren Kindern nur noch ein Viertel aller Erwerbstätigen (49,9 resp. 24,1 vH). Deutlich zugenommen haben hingegen die Berufe im sekundären und tertiären Produktionsbereich.

8. PERSPEKTIVEN DER WEITEREN ENTWICKLUNG

Die Intensivierung von Teil-Prozessen der sozialen Mobilisierung und Modernisierung seit Ende der 50er Jahre führte zu einer Verschärfung der Klassengegensätze und der Regionalismus-Problematik. Da die Ideologie des "Movimiento" eine Artikulation gesellschaftlicher Problemlagen unter Gesichtspunkten einer Klassenanalyse nicht zuliess und ausser im ökonomisch-kapitalistischen und urbanistischen Sektor weitergehende Modernisierungsprozesse verhinderte – von emanzipatorisch-sozialen Mobilisierungsprozessen ausser denen der Wanderung ganz zu schweigen – führte Spaniens "verspäteter Faschismus" seit Ende des Bürgerkrieges (1939) bzw. des Zweiten Weltkrieges zu einem "Problem-Stau".

Einmal mehr zeigte sich, dass Prozesse der sozialen Mobilisierung und Modernisierung nicht teilbar sind – ohne hiermit eine Uniformität in Verlauf bzw. Konsequenzen dieser Prozesse unterstellen zu wollen.

Die jetzt eingerichtete parlamentarische Demokratie steht daher vor äusserst schwierigen Aufgaben: sie muss Versäumnisse und Rückschritte einer langen, diskontinuierlich verlaufenen Geschichte der Modernisierung kompensieren, um die Disproportionen (z.B. regional), Widersprüche und Ungleichzeitigkeiten im spanischen Gesellschaftssystem zu minimieren; und sie muss gegen die beharrende "Kraft des Faktischen" und der Tradition neue Institutionen durchsetzen, die

sowohl die Eigenständigkeit und Besonderheit der spanischen Kultur respektieren wie den erforderlichen sozialen Wandel durchsetzen und "tragen".

Damit ist die Thematik und Problematik von "Mensch und Gesellschaft im Zeitalter des Umbaus" (Karl Mannheim) überdeutlich: nur wenn es gelingt, in den personalen Wertorientierungen emanzipatorische Werte und solche der "partizipativen Kultur" zu verankern, wird es eine Übereinstimmung zwischen personalem und sozialem (institutionellem) System geben können. Nur so können die neuen Institutionen zu "kulturellen Selbstverständlichkeiten" (P.R. Hofstätter) werden und wird ihr Wert nicht nur danach bemessen, was sie an Steigerung des Lebensstandards gewährleisten.

Dieser Umbau gleicht einem Pferdewechsel bei beschleunigter Fahrt. Ob er gelingt, hängt auch vom Verhalten der westeuropäischen und nordamerikanischen "Referenz-Gesellschaften" ab, vom Druck des internationalen Kapitals, der NATO, der EG. Ein Gelingen des "spanischen Experimentes", des kontrollierten sozialen und kulturellen Wandels entsprechend dem Verfassungsauftrag von Dezember 1978 wäre von grosser Bedeutung für die Zukunft der parlamentarischen Demokratien.

BIBLIOGRAPHIE

BANKS, A.S. (1971), "Cross-Polity Time-Series" (Cambridge, Mass.).

BEYME, K. von (1971), "Vom Faschismus zur Entwicklungsdiktatur. Machtelite und Opposition in Spanien" (München).

BLACK, C.E. (1967), "The dynamics of Modernization. A Study in Comparative History" (New York).

BRANDT, G. (1972), Industrialisierung, Modernisierung, gesellschaftliche Entwicklung. Anmerkungen zum gegenwärtigen Stand gesamtgesellschaftlicher Analysen, *Z. Soziol.*, 1 (1971) 5 – 14.

DEUTSCH, K.W. (1961), Social mobilization and political development, *Am. Pol. Sci. Rev.*, 55 (1961) 493 – 514.

EISENSTADT, S. N. (1979), "Tradition, Wandel und Modernität" (Frankfurt; orig. engl. 1973; übers. von S. Heintz).

EISENSTADT, S. N. (1979), Alternative Ways of Modernization – Comparison of Individual Societies as Nation States in 19th and 20th Century Western Societies. *Sozialer Wandel in Westeuropa. Verhandlungen des 19. Deutschen Soziologentages Berlin 1979* (Matthes, J., Ed.) (Frankfurt) 386 – 411.

ETZIONI, A. (1975), "Die aktive Gesellschaft. Eine Theorie gesellschaftlicher und politischer Prozesse" (Opladen; orig. amerik. 1968).

FLORA, P. (1972), Historische Prozesse sozialer Mobilisierung. Urbanisierung und Alphabetisierung, 1850 – 1965, *Z. Soziol.*, 1 (1972) 85 – 117.

FLORA, P. (1974), "Modernisierungsforschung. Zur empirischen Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung" (Opladen).

FLORA, P. (1975), "Indikatoren der Modernisierung. Ein historisches Datenhandbuch" (Opladen).

FOESSA (Fundación FOESSA = Fomentos de Estudios Sociales y de Sociología Aplicada, 1970), "Informe sociológico sobre la situación social de España 1970" (Madrid).

FOESSA (1976), "Estudios sociológicos sobre la situación social de España 1975" (Madrid).

FRANZ, H.W. (1975), "Klassenkämpfe in Spanien heute" (Frankfurt).

GOODE, W.J. (1963), "World Revolution and Family Patterns" (Glencoe, Ill.).

HEINTZ, P. (1969), "Ein soziologisches Paradigma der Entwicklung – mit besonderer Berücksichtigung Lateinamerikas" (Stuttgart).

HETTLAGE, R. (1979), Primärmobilisierung. Zur Rekonstruktion eines sozialwissenschaftlichen Forschungsprogramms, *Schweiz. Z. Soziol.*, **5** (1979) 221 – 245.
HOBSBAWM, E. (1962), "Europäische Revolutionen" (Zürich).
LERNER, D. (1968), Modernization: Social Aspects, *Int. Enc. Soc. Sci.*, Vol. XII (New York).
LINZ, J.J. & DE MIGUEL, A. (1966), Within-Nation Differences and Comparisons: The Eight Spains, *Comparing Nations. The Use of Quantitative Data in Cross-National Research* (Merritt, R.L. & Rokkan, St., Eds.) (New Haven/London).
LINZ, J.J. (1973), Early State-Building and Late Peripheral Nationalisms Against the State: The Case of Spain, *Building States and Nations. Vol. I: Analyses by Region* (Eisenstadt, S.N. & Rokkan, St., Eds.) (Beverly Hills/London) 32 – 116.
LINZ, J.J. (1979), Europe's Southern Frontier: Evolving Trends Toward what? *Daedalus* (Winter 1979) 175 – 209.
LUPRI, E. (1970), Gesellschaftliche Differenzierung und familiale Autorität, *Soziologie der Familie, Sonderheft 14 der Kölner Z. Soziol. Sozialpsychol.*
MCCLELLAND, D. C. (1966), "Die Leistungsgesellschaft. Psychologische Analyse der Voraussetzungen wirtschaftlicher Entwicklung" (Stuttgart; orig. amerik. The Achieving Society, 1961).
NUSCHELER, F. (1974), Bankrott der Modernisierungstheorien, *Handbuch der Dritten Welt*, Bd. I (Nohlen, D. & Nuscheler, F., Eds.) (Hamburg), 195 ff.
PAPPI, F.U. & LAUMANN, O.E. (1974), Gesellschaftliche Wertorientierung und politisches Verhalten, *Z. Soziol.*, **3** (1974) 157 – 188.
RUSSETT, B.M., et al. (1967), "World handbook of political and social indicators" (New Haven).
TAMAMES, R. (1977), "Introducción a la economía española" (Madrid).
WEBER, M. (1964), "Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie" (Köln/Berlin).
WEINER, M., Ed. (1966), "Modernization. The Dynamics of Growth" (New York/London).
WILLMS, J. (1977), Das franquistische System und die spanische Wirtschaft, *Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament"*, **14** (1977) 35 – 46.
ZAPF, W. (1977), Modernisierungstheorien, *Sozialpolitik und Sozialberichterstattung* (Krupp, H.-J. & Zapf, W., Eds.) (Frankfurt/New York).
ZETTELMEYER, W. (1971), "Der politische Gehalt wirtschaftspolitischer Entscheidungen. Wirtschaftspolitik in Spanien nach dem Bürgerkrieg" (Diss. Köln 1971).